Einzel-Nr.: 20 Goldpfg. = 200 Milliarden M.

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland für Monat Januar 5 Goldm.; Ausland 9 Goldm einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags, Hdh. Gewalt schließt Erfüll. aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811, Ferngespr. 17069-17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Die 12gespaltene 24 mm breite mm-Zeile zweiundzwanzig Goldpfennige. Familienanzeigen von Privaten mm-Zeile sechs Goldpfennige. Gelegenheitsanzeigen, Stellengesuche, Reklamezeilen usw nach Tarif. Preisnachlaß bei Abschluß. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich. Für das Ausland entsprechender Aufschlag. Erfüllungsort Leipzig. Postscheck-Konto Leipzig 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig

Nr. 301 — Verantwortlich für den Text: Chefredakteur L. Goldstein, Leipzig. Verantwortlich für Inserate: Oswald Müller, Leipzig-Raunhof. Eigentum, Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. — Freitag, den 21. Dezember 1923 — Berliner Schriftleitung: Kochstraße 21 (Fernsprecher 3600—3668) Dresdner Schriftleitung: Gabelsbergerstr. 24 (Fernsprecher 34793) Hallesche Schriftleitung: Leipziger Straße 21 (Fernsprecher 8068) — 117. Jahrg.

Die Weltlage

20. Dezember.

B—l. Der Lauf der Welt pflegt idealistischen Schwarmgeistern Unrecht zu geben. Auch jetzt hat es das Neue, an das viele glauben, keineswegs eilig, sieghaft hervorzubrechen. Die alten geschichtsbestimmenden Kräfte sind nach wie vor recht rüstig. Immerhin zeigen sich Ansätze, die vorerst Aufmerksamkeit beanspruchen.

Im Brennpunkt der gegenwärtigen Weltentwicklung steht für den Politiker unstreitig England. Hier ist das Zwei-Parteien-System, das seit den achtziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts als eine widerspruchslos anerkannte parlamentarisch-politische Einrichtung den Wechsel der Kabinette regelte, endgültig zu Grabe getragen worden. Gleichberechtigt ist neben die Konservativen und die Liberalen die Partei der Industriearbeiterschaft getreten, die Labour-Party, die es klug verstanden hat, in ihrem Auftreten das „Proletarische" so zu mäßigen, daß auch eine ganze Anzahl von bürgerlichen Intellektuellen ohne innere Hemmungen zu ihren Fahnen stoßen konnte. Jetzt ist diese Partei bereits an die Pforte der Regierung gelangt. Auf die internationale Bedeutung dieser Tatsache haben wir bereits mehrfach hingewiesen. Die Labour Party wird gewiß keine Politik machen, die den englischen Interessen auch nur im geringsten zuwiderliefe. Um Englands willen wird sie aber jedenfalls im Sinne einer Gemeinbürgschaft handeln, für die England keine Insel ist. In ihrem Lager — wir messen bei unserem Rundblick außer dem Willen überall auch die Kraft — ist Europa.

Einer neuen englischen Politik europäischer Entschlossenheit könnte jenseits des Atlantik eine starke Bundesgenossenschaft erwachsen. Die Vereinigten Staaten, deren militärische, finanzielle und moralische Unterstützung der Entente zum Sieg im Weltkrieg verholfen hat, legen immer entschiedener Neigung an den Tag, der Abstinenz gegenüber den europäischen Dingen, in die sie nach dem Versailler Diktat zurücksanken, wieder zu entsagen. Sie haben zwar schon verschiedene Anläufe zu einem aktiven Eingreifen unternommen, aber jetzt werden sie durch unabweisbare Notwendigkeiten vorwärtsgedrängt. Ihre Agrarproduktion verlangt, weil sie die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes übersteigt, einen Abfluß über See. Dem nordamerikanischen Angebot bietet sich das hungernde Deutschland als das gegebene Absatzgebiet dar. Es ist jedoch gegenwärtig außerstande, zu kaufen, und so lautet die Lösung, die beiden Teilen dienen würde: Kreditgewährung an Deutschland. Das Verfahren, das praktisch angewandt werden soll, liegt noch nicht fest, aber die grundsätzliche Entscheidung der Nordamerikaner kann bereits als gesichert gelten. In diesem Zusammenhang ist es nicht unwesentlich, daß die ekelhaften Zwecklügen von der deutschen Schuld am Kriege und den Hunnengreueln in den Vereinigten Staaten trotz der American Legion stetig Boden verlieren.

Einen üblen Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern mit ihrer Abkehr von den Gesinnungen des Krieges bildet Frankreich. Außerhalb eines einflußlosen Kreises von Literaten ist in diesem Lande noch keinerlei ernsthafte Regung eines besseren Geistes zu spüren. Das von der Großen Revolution sanktionierte imperialistische Programm Richelieus ist für die Franzosen auch heute noch der politischen Weisheit letzter Schluß, und bis ins kleinste läßt sich nachweisen, daß auch die Methoden, mit denen es durchgesetzt werden soll, die gleichen geblieben sind. Noch immer fordert das französische Ceterum censeo die Zerstückelung Deutschlands, und wie der Sonnenkönig den Türken gegen die Mauern von Wien anrennen ließ, so subventioniert das Frankreich Poincarés — das angesichts der Entwertung des Franken wahrhaftig nähere Sorgen hätte! — verschiedene von den jungen Staaten Ost- und Südosteuropas, damit in dem eisernen Ring, der eine Wiedererhebung Deutschlands verhindern soll, nur ja keine Lücke klaffe.

Das Bestreben Frankreichs, seine augenblickliche Vormachtstellung in Europa unangreifbar zu machen, verleiht den Vorgängen, die sich in Griechenland jetzt abspielen, eine internationale Tragweite. In Rom befürchtet man mit gutem Grund, daß Frankreich ein venizelistisches Griechenland eng an sich fesseln und die Balkan-Halbinsel zu einer starken Bastion ausbauen könnte, die ihm die Herrschaft im offenen Mittelmeer garantieren und bis zu einem gewissen Grade auch Aegäis und Adria zu französischen Gewässern machen würde. Für das Land Benito Mussolinis, das seinen Tatendurst mit der unfriedlichen Durchdringung des deutschen Südtirol nur unzulänglich gestillt hat, ist dies in der Tat ein peinlicher Ausblick.

Eine Zusammenfassung des gegenwärtigen Weltgeschehens umschließt also Auswirkungen jahrhundertealter Tendenzen wie Bewegungen, die zu neuen Zielen weisen. Es regen sich viele Geister, doch nur bedingt ist es eine Lust, zu leben. An Deutschland richten diese Zeitläufte lauter als an irgendeine andere Volksgemeinschaft die Mahnung, sich endlich zu sammeln.

Erneute Ausgabe von Reichsschatzwechseln

Berlin, 20. Dezember. (Eig. Tel. Der Aufsichtsrat der Deutschen Rentenbank hat den Antrag des Reichsfinanzministers Dr. Luther auf Gewährung eines Kredits über die 1200 Millionen Rentenmark hinaus, die das Reich bereits von der Rentenbank erhalten hat, abgelehnt. Dr. Luther gibt dazu die Erklärung ab, er habe sich bei seinem Antrage durchaus im Rahmen des Rentenbankgesetzes gehalten. Dieses sehe nämlich die Gewährung von Krediten bis zur Höhe von 3200 Millionen vor, nur sei der Mehrkredit von 2400 Millionen an die Genehmigung des Aufsichtsrates gebunden. Der Reichsfinanzminister hatte die Gewährung eines neuen Kredits beantragt, weil die Reichskassen derzeit ohne Betriebsmittel sind. Da der Aufsichtsrat der Rentenbank den Zusatzkredit abgelehnt hat, wird sich das Reich mit den nötigen Betriebsmitteln im Wege von sogenannten unverzinslichen Schatzwechseln auf Rentenmark versorgen. Die Zinsen für diese Schatzwechsel werden bekanntlich durch Diskontoabzug bezahlt. (Näheres siehe Handelsteil.)

Der Rückgang des französischen Franken

London, 20. Dezember. (Eig. Tel.) Die „Times" weist in ihrem Handelsteil darauf hin, daß der andauernde Rückgang des Franken bis auf 84,45 für ein Pfund Sterling durch die unklare und ungeregelte französische Finanzwirtschaft zu erklären sei. Der Ausweis des französischen Budgets zeige eine fortschreitende Erhöhung der Staatsschuld und erschwere die in Zukunft doch einmal unvermeidliche Sanierung des französischen Budgets. Der Rückgang des Franken wird in englischen Kreisen auf das lebhafteste bedauert, da die Aussichten der Regelung der Reparationsfrage seit der Einsetzung des Sachverständigenausschusses viel günstiger geworden seien.

Nordamerikas Ueberschuß und Deutschlands Not

Washington, 20. Dezember. Senator Watson brachte eine Vorlage ein, nach der die 20 Millionen Dollar, die die aufgelaufenen Zinsen auf das unter Zwangsverwaltung stehende Eigentum ehemals feindlicher Staatsangehöriger darstellen, zum Ankauf von Weizen und Fett für Deutschland verwendet werden sollen. Die Treuhänder erklärten, Zinszahlungen für dieses Eigentum, wenn es zurückgegeben werde, seien nicht vorgesehen.

*

Nach Lissaboner Mitteilungen treffen dort viele mittellose Deutsche ein; es heißt, daß weitere Familien nachfolgen sollen. Deutsche, die ohne Mittel und ohne Stellung nach Portugal reisen, setzen sich den größten Enttäuschungen aus. Es sei daher nachdrücklich davor gewarnt.

Gegen die Arbeitslosigkeit

Stuttgart, 20. Dezember. (Eig. Tel.) Der gegenwärtige Leiter des württembergischen Arbeitsministeriums, Staatsrat Rau, teilte dem Landtag mit, Württemberg beabsichtige die Ernennung eines besonderen staatlichen Kommissars mit besonderen Vollmachten für die einheitliche Durchführung von Notstandsarbeiten als Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen in Württemberg betrug am 1. Dezember 28 396 gegen 733 am 1. Januar dieses Jahres; dazu kommen noch 130 000 Kurzarbeiter. Nur 25 Prozent aller Arbeiter sind noch voll beschäftigt.

Ein weiterer Goldetat

Karlsruhe, 19. Dezember. Das badische Staatsministerium hat über die Regelung des Staatshaushaltes ein Notgesetz erlassen. Darin ist eine Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der allgemeinen Staatsverwaltung in Goldmark für die Zeit vom 16. November 1923 bis 31. März 1924 enthalten.

Die sächsische Landespolitik

Die Große Koalition als Ziel

Dresden, 20. Dezember. (Eig. Tel.) Die Verhandlungen des Landtages endeten gestern mit der Absetzung der Ministerpräsidentenwahl von der Tagesordnung. Die sozialdemokratische Fraktion tagte dann noch, um mit der demokratischen Fraktion zusammen die Bedingungen zu finden, die zur Lösung der Krise führen könnten. Wie wir erfahren, sind diese Verhandlungen, die naturgemäß in der Richtung einer großen Koalition gehen, gegen Abend unterbrochen worden. Die Meinungen über die Koalitionsfrage sind innerhalb der Sozialdemokratischen Partei geteilt, zum mindesten besteht eine sehr scharfe Opposition eines kleinen Teiles der Fraktion gegen eine solche Lösung.

Man soll indessen auf den Ausweg verfallen sein, erst noch die Meinung des Reichsvorstandes der VSPD. über die Lage einzuholen, insbesondere darüber, ob es richtig erscheine, erst noch einen Parteitag zu befragen. Man rechnet jedoch noch immer damit, daß die Wahl des Ministerpräsidenten dieser Tage, etwa Sonnabend, wieder auf der Tagesordnung der Landtagssitzung steht.

Der Beamtenabbau in Sachsen

Dresden, 20. Dezember. (Eig. Tel.) Der Haushaltungsausschuß A und der Rechtsausschuß des Landtages beraten in gemeinsamer Sitzung über die Frage des Beamtenabbaues. Auf deutschnationalem Antrag hin wurden die Beratungen abgebrochen und die Entscheidung vertagt, weil der Fünfzehnerausschuß des Reichstages wichtige Beschlüsse gefaßt habe, die bei ihrer Durchführung auch auf das sächsische Abbaugesetz von großem Einfluß seien und wesentliche Aenderungen veranlassen könnten. Infolgedessen wurde die sächsische Regierung beauftragt, sofort mit der Reichsregierung Fühlung zu nehmen und sich darüber Gewißheit zu verschaffen, inwieweit die Beschlüsse des Fünfzehnerausschusses durchgeführt werden sollen.

Um die Arbeitszeit

Frankfurt a. M., 20. Dezember. (Eig. Tel.) Gestern wurde von der Arbeiterschaft der Metallindustrie des Ruhrgebietes die Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Arbeitszeit-Abkommens vorgenommen. Im Bezirk Gelsenkirchen haben 11 413 Arbeiter für die Beibehaltung des Achtstundentages gestimmt und nur 32 erklärten sich mit dem Berliner Abkommen einverstanden. Es steht außer Zweifel, daß die Abstimmungen an den übrigen Zentralpunkten der Schwerindustrie des Bezirks ein ähnliches Ergebnis zeigen werden. Es muß jedoch ausdrücklich festgestellt werden, daß die Hirsch-Dunckerschen und die christlich organisierten Metallarbeiter sich an dieser Abstimmung nicht oder nur in ganz vereinzelten Fällen beteiligt haben.

Ein Eisenbahnabkommen für die britische Zone

London, 20. Dezember. (Eig. Tel.) „Daily Telegraph" meldet, daß der deutschen Regierung der Entwurf einer Eisenbahnkonzession vorgelegt wurde, der von englischen, französischen und belgischen Eisenbahnsachverständigen im Rheinlande ausgearbeitet sei. Ein Zweck [illegible] wolle die britischen Zone und der Regieverwaltung zu regeln. Die Unabhängigkeit der deutschen Eisenbahnverwaltung in der britischen Zone sei vollständig gewahrt worden. Nur bei der Uebernahme der Züge und der Aufstellung von Fahrplänen sei das Zusammenwirken zwischen der britischen und der Regieverwaltung vorgeschrieben worden. Da die Ausgabe von direkten Fahrkarten zwischen der britischen Zone und den Stationen der Regieverwaltung vorgesehen sei, enthalte die Konzession folgenden Verteilungsschlüssel:

Beim Verkehr zwischen den Stationen der Kölner Zone und den Stationen der Regieverwaltung sollen die Einnahmen im Verhältnis von 1:1 zwischen der Kölner Direktion und der Regieverwaltung geteilt werden. Für den Verkehr von Stationen der Regieverwaltung nach Stationen im Kölner Bezirk gehen die ganzen Einnahmen zugunsten der Regieverwaltung. Beim Verkehr zwischen der englischen Zone und dem unbesetzten Deutschland auf bestimmten Linien entfallen alle Einnahmen auf die deutsche Reichseisenbahnverwaltung.

Anerkennung der Sowjet-Regierung durch England

London, 20. Dezember. Die „Westminster Gazette" berichtet: Die Anerkennung der bolschewistischen Regierung durch Großbritannien und die Wiederaufnahme der gesamten Handelsbeziehungen mit Rußland wird wahrscheinlich kurz nach dem Rücktritt der Regierung Baldwin erfolgen. Die bedeutsamen Verhandlungen, die geführt worden sind, zeigen, daß die Moskauer Regierung die Vorkriegsschulden Rußlands an Großbritannien anerkennen wird. Als Gegenleistung wird eine Entschädigung für die Unterstützung der Weißen Armeen durch die Alliierten gefordert. Rußland wird sich auf keine Versprechungen einlassen, die es nicht erfüllen kann. Kredite sind das erste, was von Wichtigkeit ist. Der auf 400 000 Pfund Sterling lautende, soeben abgeschlossene Vertrag mit einer britischen Firma wird als Vorläufer dessen angesehen, was nach dem Zustandekommen der Vereinbarung geschehen wird. Rußland hat erklärt, daß es friedlich gesinnt ist, aber nicht dem Völkerbunde in seiner heutigen Gestalt beitreten wird.

Bolschewistische Propaganda in den Vereinigten Staaten

Washington, 20. Dezember. (Reuter.) Im Anschluß an die Erklärung des Staatssekretärs Hughes, mit Rußland nicht verhandeln zu wollen, veröffentlicht das Staatsdepartement aufgefangene Instruktionen der Sowjet-Regierung an die Arbeiterpartei in Amerika die ausführliche Pläne für eine Revolution des Proletariats in den Vereinigten Staaten enthalten mit dem Ziel, die rote Fahne auf dem Weißen Hause zu hissen. Das Justiz-

Dollarparitäten an Auslandsbörsen

am 20. Dezember.

Auf Mark umgerechnet kostete 1 Dollar in Zürich 4,25, in London 4,1, in Stockholm 3,8 und in New York (Vorbörse) 4,2 Billionen Mark.

Dollar in Berlin am 20. Dez.

amtlicher Mittelkurs: 4200 Milliarden

1 Goldmark: 997,5 Milliarden Geld
1002,5 Milliarden Brief

Goldanleihe 4200 Milliarden

Dollarschatzanweisung 4200 Milliard.

1 Steuermark = 1000 Milliarden

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel

Nachbörsliche Geldkurse (letzte Kurse)

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse 20.	Parität in Milliarden 20.		Vorbörse 20.	Parität in Milliarden 2.
Berlin	4,200000024	4167	Amsterd.	38,08	1547
London	436,37	18182	Prag	293	122
Paris	515	215	Kopenhg.	—	—
Mailand	431	180	Stockh.	—	—
Zürich	17,43	726	Christ.	14,94	623